

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Unabhängige Sozialdemokratie zur oberschlesischen Frage.

Das Zentralkomitee der USF. nahm am 25. Mai zur oberschlesischen Frage Stellung und faßte die folgende Entschliessung:

„Die Entwicklung des oberschlesischen Konflikts macht eine Stellungnahme des Proletariats erforderlich.

Durch den Friedensvertrag von Versailles wurde die Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens der Entente anheingestellt auf Grund einer in Oberschlesien selbst vorzunehmenden Volksabstimmung. Die Abstimmung hat im ganzen Bezirk zwar eine starke Mehrheit für Deutschland erzielt, in einzelnen Kreisen aber hat die Bevölkerung überwiegend für Polen gestimmt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Von diesem Standpunkt müssen wir das Abstimmungsergebnis würdigen. Es geht nicht an, daß der Wille großer Teile der Bevölkerung mißachtet, daß ihnen eine Staatszugehörigkeit aufgezwungen wird, die sie selbst nicht wünschen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat dementsprechend gefordert, daß rechtzeitig eine Verständigung mit Polen herbeigeführt werde, durch die nicht nur die Interessen der oberschlesischen Bevölkerung, sondern auch die Interessen des deutschen und des polnischen Volkes gewahrt worden wären. Eine solche Verständigung ist leider nicht erfolgt. Den alliierten Regierungen bleibt es nunmehr überlassen, die letzte Entscheidung über die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien zu treffen. Dabei stellen wir dem Friedensvertrag nicht nur die Abstimmungsergebnisse, sondern auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die geographischen Verhältnisse berückichtigt werden.

Nur wenn bei dieser endgültigen Entscheidung die wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands und Polens berücksichtigt werden, wenn insbesondere durch einen Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen die Verfügung über die Rohstoffe und über die Industrie Oberschlesiens so geregelt wird, daß die Interessen beider Länder gewahrt bleiben. Nur eine solche Lösung der Krise wird der Gegenseitigkeit der beiden aufeinander angewiesenen Länder befähigen.

Die Finanzzüglerung ist von den Polen ausgenutzt worden, um durch einen Aufstand in Oberschlesien sich zu tatsächlichen Herren möglichst großer Gebiete zu machen und dann diesen gewalttätig geschaffenen Zustand als Grund für die Zuteilung dieser Gebiete an Polen verwerten zu lassen.

Der Friedensvertrag überantwortet bis zur endgültigen Festlegung der neuen Grenzen das Abstimmungsgebiet der Verwaltung durch ein Entente-Kommissariat. Entente-Truppen haben während dieser Zeit die Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie haben sich ihrer Aufgabe, den polnischen Aufstand abzuwehren, nicht geschonert.

Dieser Zustand hat den deutschen Nationalisten Un-

schick gegeben, ihrerseits Kriegsvollwillinge von Deutschland aus nach Oberschlesien vorzuschieben, um den unter Oberaufsicht der Entente stehenden deutschen Selbstschutz zu unterstützen oder gar zu ersetzen. Diese deutsch-nationalistische Gegenaktion gegen den polnischen Vorstoß liefert wiederum den französischen Nationalisten den Vorwand, Deutschland mit neuen Sanktionen, insbesondere abermals mit der Besetzung des Ruhrgebiets zu bedrohen.

Bisher hat die Reichsregierung sich geweigert, dem Vordringen deutscher Freiwilliger nach Oberschlesien Vorkurs zu leisten. Sie hat die deutsch-oberschlesische Demarkationsgrenze gesperret und ein Verbot gegen die Expedition von Freiwilligen-Truppen erlassen.

Es besteht aber die Gefahr, daß die Fortführung der nationalistischen Vorkämpfe in Oberschlesien schließlich Polen einseitig und Deutschland andererseits in den Konflikt hineinzieht. Das würde wieder ein Signal für das Eingreifen Frankreichs sein, dessen Nationalisten nur auf eine solche Gelegenheit lauern. Ein neuer Weltkrieg in Europa wäre entbrannt mit allen seinen furchtbaren Folgen für die Arbeiterklasse aller Länder.

Angesichts dieser Gefahren richtet die Verammlung an alle Arbeiter Deutschlands und Polens, besonders an die Oberschlesier, ganz gleich, welcher Sprachgemeinschaft sie angehören, die dringende Aufforderung, sich durch keinerlei nationalistische Heereien zu der Beteiligung an den Kämpfen in Oberschlesien aufzureizen zu lassen und zwar auch dann nicht, wenn das unter dem Vorwande geschieht, die nationalistischen Kämpfe in Oberschlesien durch das Eingreifen des Proletariats zu einem Klassenkampf gegen die Unternehmerschaft umzugestalten. Denn auch solche Aktionen würden von den nationalistischen Kapitalherren zur Völkerverheerung und zur Entfaltung eines imperialistischen Krieges ausgebeutet werden.

Den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse, vor allem aber den Gewerkschaften und Betriebsräten erwächst nunmehr die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die von der Regierung angeordneten Maßnahmen nicht auf dem Papier stehen bleiben. Sie müssen mit den notwendigen Befugnissen ausgerüstet werden, um jeden Transport von Druckschleuten, jede Ansammlung von Freiwilligen-Truppen, jede Verwendung von Kriegsmaterial zu verhindern. Nur bei Erfüllung dieser Forderungen wird das nationalistische Treiben ebenso schnell verschwinden, wie es entstanden ist.

Wie wir in Deutschland uns bemühen, der Ausnutzung der oberschlesischen Wirren zu nationalistischen Kämpfen entgegenzuwirken, muß das internationale Proletariat überall, müssen besonders unsere englischen, französischen, belgischen und italienischen Genossen ihren eigenen Kriegsheern in den Arm fallen. Nur durch Zusammenwirken des internationalen Proletariats kann diese neue Kriegsgefahr gebannt und die Menschheit dem sozialistischen Weltfrieden nähergeführt werden.“

### Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Das Urteil im ersten Kriegsverbrecherprozeß

#### 10 Monate Gefängnis.

Im Kriegsverbrecherprozeß gegen den ehemaligen Unteroffizier Heynen vor dem Reichsgericht wurde heute früh das Urteil gefällt. Es lautet auf 10 Monate Gefängnis.

Den Bericht über den letzten Verhandlungstag finden unsere Leser in der Beilage. Auf den Prozeß und das Urteil werden wir noch zurückkommen.

### Rathenau Wiederaufbauminister.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat der Berliner Vertreter des Journal seinem Blatte mitgeteilt, daß ihm offiziell die Mitteilung gemacht wurde, daß Rathenau das Wiederaufbauministerium angenommen habe.

### Bayern will entwaffnen?

München, 25. Mai. In der Besprechung der Regierung mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien über die Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren hat sich eine völlige Uebereinstimmung darüber ergeben, daß die Entwaffnung im Einklang mit den Forderungen der Entente durchgeführt werden müsse. Ministerpräsident Dr. v. Kaahr legte die Maßnahmen dar, die das Kabinett in Aussicht genommen hat, und gab Erklärungen ab über die Mittel, die zur Durchführung dieser Maßnahmen angewendet werden sollen. Die Koalitionsparteien erklärten sich mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten voll einverstanden. Am Freitag wird ein weiterer Ministerrat über die Entwaffnungsfrage zusammentreten. Daraus wird an demselben Tage oder am Sonnabend der Mi-

nisterpräsident im Haushaltsausschuß des Landtags über die Einwohnerwehrfrage Erklärungen abgeben.

So meldet die bürgerliche Presse, gleichzeitig aber schreibt die Münchner Süddeutsche Presse:

Die Krise der Entwaffnungsfrage ist, wie wir erfahren, noch keineswegs gelöst. Nach zuverlässigen Mitteilungen machen sich in der Einwohnerwehr selbst sehr starke Widerstände gegen die vom Reich angeordnete Entwaffnungsaktion bemerkbar, die besonders auch in einem Teil der Führer, augenscheinlich auch am Landeshauptmann selbst, ihre Stütze finden. Mit wachsender Besorgnis betrachtet man in den parlamentarischen Kreisen und auch in der Einwohnerwehr selbst die Haltung Eicherichs, die nicht jene Einsicht in die Notwendigkeit und jene Rücksicht auf die Gesamtinteressen verrät, die man von einem Führer an solch verantwortlicher Stelle voraussehen muß.

Im kritischen Gegenfah dazu behauptet eine Münchner Meldung der Frankfurter Zeitung vom 26. Mai:

Der Landeshauptmann Eicherich hat vor einem Kreise berufener Zeugen erklärt, daß er sich ohne Einschränkung hinter die Regierung v. Kaahr stellen und ihren Beschlüssen, wie sie auch lauten mögen, unbedingt Geltung verschaffen werde. Es besteht nicht der geringste Anlaß, die Loyalität dieser Versicherung und die ernste Absicht ihrer Verwirklichung zu bezweifeln.

Die Verantwortung für die letztere Behauptung müssen wir dem Frankfurter Blatt überlassen.

### Ein verhängnisvolles Großfeuer.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Lokalanzeiger meldet aus Harbke bei Helmstedt: Seit gestern mittag steht die Heberlandzentrale in Harbke, die Unhalt, Braunshweig und die Provinz Sachsen mit Strom versorgt, in Flammen. Das Feuer ist auf das Turbinenhaus übergegangen, das vollständig außer Betrieb ist. Die an die Heberlandzentrale angeschlossenen Drähtschaften und Betriebe bis nach Magdeburg hin, etwa 1500 Drähtschaften und fast die gesamte Kalkindustrie sind ohne Licht und Kraft.

### Der Ruf nach Reichstagswahlen.

Seit einigen Tagen behandelt die rechtssozialistische Presse die Regierungsbildung in ziemlich aufgeregter Weise. Der Vorwärt's, der bis zum 10. Mai die Beteiligung seiner Partei an der Koalitionsregierung bekämpfte und gute Gründe für seine Auffassung vorbrachte, ist seit dem 10. Mai — ob auf Befehl von oben, oder aus eigener schneller Sinnesänderung, sei dahingestellt — umgeschwenkt und verteidigt nun den Eintritt in die alte Koalitionsregierung, die eine Minderheitsregierung darstellt. Sehr wohl ist es ihm bei dieser Aufgabe nicht und er fühlt wohl selbst, daß die Situation sowohl für die Regierung im ganzen wie für seine Partei immer dringlicher wird. Bei den bürgerlichen Koalitionsparteien drückt sich die Erkenntnis über die immer schwieriger werdende Lage in dem Bestreben aus, die Deutsche Volkspartei zur Koalition zu bekommen, sei es, daß sie Vertreter in die Regierung entsendet, sei es, daß sie der Regierung wohlwollende neutrale Unterstützung leistet. Zentrum und „Demokratie“ nehmen auf ihren rechtssozialistischen Verbündeten sehr wenig Rücksicht und betreiben die Verbreiterung der Koalition nach rechts sehr energisch. So billig wie die Sozialdemokratie, d. h. um einiger Ministerstühle willen, ist die Sinnesänderung, die sie zu haben; sie stellt ihre Bedingungen, die sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht sehr weitgehend sein werden. Auf dem dieser Tage in Freiburg in Baden abgehaltenen Parteitag der Deutschen Volkspartei für Baden hat Striesmann nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung gesagt:

„Man hat die Deutsche Volkspartei aufgefordert, an dem neuen Kabinett teilzunehmen, man wollte mit dem Ansehen, das die Deutsche Volkspartei genießt, das neue Kabinett decken; für uns kommt aber eine vollkommene Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen als Voraussetzung unserer aktiven Mitarbeit in Frage. Auch die Demokraten können als bürgerliche Partei eine Politik auf der gegenwärtigen Basis, die von der Gnade der Unabhängigen abhängen kann, nicht mitmachen. Wir sind für völlige Gleichberechtigung der Sozialdemokratie; wir sind bereit, mit ihr zu arbeiten. Der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, der nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten will, und wer nicht erkannt hat, daß es darauf ankommt, die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit heranzuziehen.“

Die Volksparteier sind für Gleichberechtigung der Sozialdemokratie, wenn diese das wirtschaftliche und politische Programm der Sinnespartei mit ausführen hilft, wie es von Lensch kürzlich in der Deutschen Allgemeinen Zeitung dargelegt worden ist: Sie muß sich alle „sozialistischen Fäulnisse“ aus dem Sinne schlagen und den Hochkapitalismus mit herbeiführen helfen.

Wie die gegenwärtigen Verbündeten der Sozialdemokraten an ihr handeln, dafür liegen folgende Tatsachen vor. Nach dem in solchen Dingen immer gutunterrichteten Lokalanzeiger sind die Führer der Demokraten in den letzten Tagen mehrere Male beim Reichskanzler Wirth gewesen, um ihn zu veranlassen, die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung einzuladen. Daraus geht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß die „Demokraten“ nicht früher ruhen, bis sie die Deutsche Volkspartei wieder an ihrer Seite haben. Das Zentrum arbeitet in der gleichen Richtung; es drängt mit Macht auf einen nach rechts gerichteten Kurs. In einer aus parlamentarischen Kreisen an die Germania gerichteten Zuschrift heißt es:

„Wer glauben sollte, die Regierung sei bei ablehnender Haltung einer früheren Koalitionspartei gezwungen, Forderungen sehr weit links stehender Kreise anzunehmen, die zur Erfüllung des Ultimatus und zum allmählichen Wiederaufbau nicht absolut notwendig sind, sondern nur einer Theorie zum Siege verhelfen sollen, die von unzerstörlicher Weltanhängung unbedingt abgelehnt werden muß, der gibt sich einer schweren Täuschung hin. Auch für die Zentrumspartei gibt es Grenzen des Entgegenkommens. Das wollen wir vor allem jenen sagen, die nach links hin sich so lebhaft bemühen. Spekulationen auf einen sogenannten linken Flügel im Zentrum oder auf eine Arbeitergruppe würden sich bald als höchst töricht erweisen.“

Die alte Koalition kristallisiert sich aber immer mehr heraus, und man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß das Uebereinkommen von Zentrum und „Demokraten“ mit der Deutschen Volkspartei weiter gebrochen ist, als es nach außen bekannt geworden ist und erscheint. Die Sozialdemokratie ist so nur geduldet, weil man sie als Verhüllung zur Täuschung der Arbeiterklasse gebraucht.

Sie treibt aber das gleiche Täuschungsmanöver mit ihren Anhängern, wie ihre Bundesgenossen es mit ihr treiben; indem sie ihnen vorredet, sie habe allein in die Minderheitskoalitionsregierung eintreten müssen, weil die Unabhängigen nicht bereit gewesen seien, mit ihr und dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Auch das nach elf Tagen nach der Regierungsbildung vom Vorsitzenden Weis an die Unabhängige Sozialdemokratie gerichtete Schreiben hält diese falsche Behauptung zu Täuschungszwecken aufrecht. In der Freiheit räumt Genosse Ledebour nun mit diesem Täuschungsmanöver auf. Er weist nach, daß die rechtssozialistische Fraktion schon bereit war, mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden, ehe sie noch mit der USF-Fraktion verhandelt oder auf die an sie gerichtete Frage eine Antwort